V-04

Mehr Open Source in BV und BGSt verwenden

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	24.08.2022
Tagesordnungspunkt:	Verschiedenes (nicht gerankt)

Antragstext

Die BDK möge beschließen, dass Bundesverband nebst Bundesgeschäftsstelle zukünftig auf Open Source setzen und, wo immer dies möglich ist, auch auf Linux als Desktop. Vorlagen sollen in standardisierten Formaten geliefert werden, die Open Source sind oder als solche von vornherein entwickelt wurden.

Begründung

Unser Grundsatzprogramm verpflichtet uns zur Nutzung von Open Source, um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten und Unternehmen entgegen zu wirken.

Ähnliches steht auch im Koalitionsvertrag.

Es wird nun Zeit, dass sich auch die Partei selbst an diesen Grundsätzen stärker orientiert. Wir erkennen an, dass mit dem Grünen Netz schon sehr viele Serverdienste auf Open Source aufsetzen. Das ist sehr lobenswert. Auch, dass unser Mitgliederverwaltungssystem Sherpa unter Linux läuft, ist eine erwähnenswerte Ausnahme und ein weitere Schritt in die richtige Richtung.

Trotzdem wird immer noch der größe Teil an Vorlagen, welche die Kreisverbände aus dem Bundesverband (und zum größten Teil auch aus den Landesverbänden) erhalten, in Formaten geliefert, die zu einer einzigen großen Firma, nämlich Microsoft, gehören.

Gerade Microsoft landet immer wieder in den negativen Schlagzeilen. Sei es, dass Datenschutzbeauftragte diverser Länder davor warnen, dass Microsoft-Produkte nicht datenschutzkonform betrieben werden können und den Kultusministerien den Einsatz in Schulen verbieten, oder dass Microsoft sein eigenes Versprechen gebrochen hat, dass Windows 10 nun das letzte Windows sein sollte und immer weiter entwickelt werden wird. Mit Windows 11 ist nun statt dessen ein weiteres Windows heraus gekommen, dessen Hardwareanforderungen so hoch sind, dass viele Neuanschaffungen an Hardware notwendig werden. Das kann nicht im Sinne unserer nachhaltigen Politik sein und unwidersprochen bleiben.

Mit Linux als Betriebssystem stehen schon lange Desktops zur Verfügung, die nahezu jeden Geschmack bedienen. Dabei haben die Benutzer die Wahl zwischen Desktops, die aussehen und sich anfühlen, als seien sie Windows, ebenso wie Desktops, die aussehen und sich anfühlen wie ein Apple Mac. Die Zeiten, in denen Linux als kompliziert galt und nur auf der Kommandozeile beherrschbar wäre, sind vorbei. Jeder Benutzer kann mit einem modernen Linux-Desktop umgehen. Die Lernkurve hierfür ist denkbar gering. Gleichzeitig wird bei den Distributionen viele notwendige und übliche Software gleich mitgeliefert.

Gleiches gilt auch für einen Ersatz von MS Office. Nicht nur, dass die Verzahnung von Office mit der MS Cloud immer höher wird, was dem datenschutzkonformen Betrieb entgegen steht, so sind auch die Lizenzkosten hierfür signifikant.

Durch den Einsatz von LibreOffice hätten wir nicht nur Open Source, sondern würden Vorlagen für Briefe etc. in einem deutlich einfacheren und kompatibleren Format ausliefern. Wer schon mal versucht hat, Windows Vorlagen in Libre Office zu verarbeiten, weiß, das Microsoft naturgemäß kein Interesse an dieser Art Austausch hat. Durch den Trick, die Microsoft Formate ebenfalls als ISO-Standards zertifizieren zu lassen, konnte Microsoft sich weitgehend vom Vorwurf der Behinderung anderer Hersteller befreien. Allerdings ist der Aufwand, MS-Office Dateien zu lesen und zu verstehen unverhältnismäßig hoch. Die ISO-Spezifikation der MS-Formate umfasst ca. 6500 Seiten, während Open Office (Libre Office) für ihren ein Jahr vorher eingereichten ISO-Standard nur 1000 Seiten benötigte.

Auch für LibreOffice ist die häufig geäußerte Befürchtung, dass sich das komplizierter bedient nur ein meist vorgeschobenes Problem. Wir schlagen vor, mindestens die Hälfte der ersparten Lizenz- und Hardwarebeschaffungskosten (siehe Windows 11) statt dessen in Schulungen der Mitarbeiter oder in professionelle Supportpläne von Profis zu investieren. Auch eine angemessene Unterstützung der Open Source Community bei Nutzung der Produkte sollte ermöglicht werden.

Zu guter Letzt lässt sich noch Adobe InDesign erwähnen. Nicht jeder Kreisverband kann sich die relativ hohen Kosten hierfür leisten. Der Einarbeitungsaufwand bei den Kreisgeschäftsstellen hierfür ist sehr hoch und könnte genausogut auch für eine der freien Alternativen durchgeführt werden. Das geht aber nur, wenn der Bundesverband es schaffen würde, auch Plakatvorlagen statt nur im proprietären InDesign Format auch für die freien Alternativen zu liefern. Diese können mit den InDesign Formaten üblicherweise nichts anfangen.

Aktuell befinden wir uns noch im Anfang einer neuen Bundes-Legislaturperiode. Die nächsten zwei Jahre bis zu den nächsten Wahlen sollte genutzt werden, um die gewünschten Änderungen umzusetzen.